

Straßensozialarbeit droht das Aus

■ Bad Cannstatt: Gemeinderat gibt nur noch bis zum 30. Juni eine finanzielle Unterstützung

Die Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt wird über Februar hinaus fortgesetzt. Allerdings nur noch bis zum 30. Juni, dann endet definitiv die finanzielle Unterstützung von der Stadt. Dem von allen Seiten gelobten und erfolgreichen Projekt droht dann das Aus.

VON ULI NAGEL

Egal, in welchem Gremium Klaus Obert, Leiter der Sucht- und Sozialpsychiatrischen Hilfen des Caritasverbandes, über das Cannstatter Streetworkerprojekt erzählte, sein Bericht fiel immer positiv aus. Denn die Situation rund um die sozialen Randgruppen in der Marktstraße und beim Parkhaus Mühlgrün hat

sich merklich verbessert. Und was noch wichtiger ist: Den Menschen selbst konnte in zahlreichen Fällen geholfen werden.

Umso enttäuschter zeigte sich Klaus Obert deshalb über die Entscheidung des Gemeinderats, im Zuge der Haushaltsberatungen das Projekt nur noch bis zum 30. Juni zu verlängern und bis dahin mit 40 000 Euro zu unterstützen. „Ich habe keinerlei Ahnung, wie es dann weitergeht“, sagt ein ratloser Klaus Obert. In den kommenden Tagen habe der ebenfalls betroffene Walter Tattermusch, Leiter des Sozialamtes, alle Beteiligten zu einem ersten Gespräch gebeten. Ob sich daraus jedoch das vom Gemeinderat geforderte „weiterführende Konzept“ ergibt, könne er nicht versprechen.

„Denn ohne Geld ist solch ein Papier fast nicht umsetzbar.“

Bisher wurde das Projekt, das 2005 die Arbeit aufgenommen hatte, zu 70 Prozent über die Aktion Mensch finanziert. 30 Prozent steuerten unter anderem die Stadt, der Gewerbe- und Handelsverein (GHV) sowie die Altstadt Bad Cannstatt bei. Die Gesamtkosten der beiden Streetworkerstellen beliefen sich jährlich auf rund 98 000 Euro. Die Gelder der Aktion Mensch waren jedoch als Anschubfinanzierung gedacht und werden ab sofort nicht mehr zur Verfügung stehen. Folglich drohe laut Klaus Obert der „Worst Case“ – das Ende der erfolgreichen Straßensozialarbeit. Der Leiter der Sozialpsychiatrischen Dienste hofft jedoch, dass sich beim

Sozial- oder Gesundheitsamt in den kommenden Monaten noch finanzielle Mittel finden werden.

Auch GHV-Chef Andrew Readwin zeigt sich ziemlich besorgt über diese Entwicklung. „Diese Entscheidung ist mir unverständlich, da es ein erfolgreiches Projekt war und immer noch ist.“ Aus seiner Sicht sei es sogar zwingend notwendig, es dauerhaft fortzuführen. Was ihm dabei wichtig sei: „Dem Cannstatter Einzelhandel geht es dabei nicht nur um das Erscheinungsbild seiner Einkaufsstrassen und Fußgängerzone“, so Readwin. Man sehe natürlich auch den sozialen Bedarf, diesen Menschen zu helfen. Das sei jedoch ebenso eine kommunale Aufgabe der Stadt, die da eine gesellschaftliche Verantwortung trage.

KOMMENTAR

Für die Katz

VON ULI NAGEL

Mit Straßensozialarbeit lässt sich kein Geld verdienen. Sie ist nicht medienwirksam und ihre Erfolge lassen sich oft nur schwer in Zahlen messen. Dennoch ist sie wichtiger denn je, heutzutage kann Armut und ein damit verbundener sozialer Absturz Menschen selbst in einer Wohlstandsgesellschaft wie Deutschland schneller ereilen, als man zu denken vermag.

Dienst am Menschen – und dazu gehören natürlich auch soziale Randgruppen – ist deshalb eine wichtige Aufgabe und die Streetworker in Bad Cannstatt haben diesbezüglich in den vergangenen drei Jahren wertvolle Arbeit geleistet. Sie haben sich um psychisch labile und oftmals körperlich kranke Menschen nicht nur gekümmert. Sie haben diesem Personenkreis in Teilen wieder das Gefühl vermittelt, ein Mitglied der Gesellschaft zu sein.

Doch das soziale Netz, das im Jahr 2005 aufgespannt wurde, droht zu zerreißen. Denn ohne finanzielle Unterstützung seitens der Stadt wird es wohl keine Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt mehr geben. Das ist nicht nur traurig, sondern eigentlich eine Schande.

Zugegeben, rund 100 000 Euro sind auf den ersten Blick ein stolzer Betrag. Zumal sich in anderen Stadtbezirken ähnliche Probleme wie in Bad Cannstatt offenbaren. Doch angesichts von zahlreichen Prestige- oder Imageprojekten, die sich die Landeshauptstadt leistet und Millionenbeträge verschlingen, ist diese Summe nur ein Sümmchen.

An dieser Stelle darf zudem nicht vergessen werden: Die Stadt hat das Projekt in den vergangenen drei Jahren „nur“ zu etwa 20 Prozent bezuschusst. Allein die Aktion Mensch brachte 70 Prozent auf, der Restbetrag wurde unter anderem vom Einzelhandel beigesteuert. Und für beide „Geldgeber“ muss der Gemeinderatsbeschluss ein Schlag ins Gesicht sein – denn mit dem Aus des Projekts wäre auch die Arbeit der vergangenen 36 Monate für die Katz gewesen.